

Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft



Kernforderungen der Schweizerischen Volkspartei für die Schweizer Landwirtschaftspolitik

Nur ein gesunder Bauernstand kann aus einheimischer Produktion qualitativ hervorragende Erzeugnisse herstellen. Dazu braucht es keine planwirtschaftlichen Einschränkungen, sondern unternehmerische Freiräume für unsere Landwirte. Wo Bauern Tiere und Kulturland bewirtschaften und pflegen, sind deren Leistungen angemessen zu entschädigen. Damit die Landwirtschaft ihren wichtigen verfassungsmässigen Auftrag wahrnehmen kann, setzt die SVP Schweiz auf den produzierenden Familienbetrieb.

Ziele der SVP-Landwirtschaftspolitik

- Die Stärkung der produzierenden Landwirtschaft
- Keinen grenzenlosen Agrarfreihandel und keine Öffnung der weissen Linie
- Milch- und Fleischproduktion im Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik
- Keine weitere Extensivierung der Landwirtschaft
- Die Sicherung des bäuerlichen Erwerbseinkommens
- Den Abbau der Agrarbürokratie
- Mehr Planungs- und Investitionssicherheit
- Eine flexiblere Raumplanungsgesetzgebung

Massnahmen der SVP

1. Stärkung der produzierenden Landwirtschaft und weniger Extensivierung

Die aktuelle Agrarpolitik 2014-2017 benachteiligt heute die produzierende Landwirtschaft. Anstatt die vielfältigen Aufgaben und Leistungen der Landwirtschaftsbetriebe für unser Land und die Bevölkerung zu würdigen und dementsprechend abzugelten, wird die Landwirtschaft in ihren Handlungsspielräumen immer weiter eingeschränkt. Statt die produzierende Landwirtschaft zu unterstützen, werden Direktzahlungen zum Teil für Programme, welche viel zu grosse bürokratische Aufwände bedingen – wie zum Beispiel die Landschaftsqualitätsbeiträge – ausbezahlt. Die Tierbeiträge dagegen wurden gänzlich gestrichen und die Flächenbeiträge reduziert. Dies trifft die produzierende Landwirtschaft und wird dem verfassungsmässigen Auftrag, den die Landwirtschaft für die Schweiz zu erfüllen hat, nicht gerecht.

Wir fordern:

- > Die Förderung leistungsfähiger Familienbetriebe mit zukunftsfähigen Strukturen
- > Die Produktion von Nahrungsmitteln als Kernaufgabe der Schweizer Landwirtschaft (davon profitieren auch die vor- und nachgelagerten Betriebe)
- > Eine Vereinfachung des Direktzahlungssystems. Es braucht: Flächenbeiträge, Hangbeiträge, Tierhalterbeiträge und Sömmerungsbeiträge
- > Eine Netto-Selbstversorgung von mindestens 60 Prozent

Milch- und Fleischwirtschaft im Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik

Im Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik muss die Grünlandbewirtschaftung und mit ihr die Milch- und Fleischproduktion stehen. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen ergeben sich bei einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Landes von selbst. Es kann und darf nicht sein, dass die Landwirtschaft auf die Landschaftspflege reduziert wird. Der Viehexport, eine wichtige Stütze für die Züchter, muss wieder gefördert werden, weil dadurch die Märkte im Inland entlastet werden können.

Wir fordern:

- > Unterstützende Massnahmen für die Milchproduktion, die Fleischwirtschaft und den Ackerbau im Inland
- > Allgemeinverbindlichkeit für Branchenbeschlüsse
- > Förderung der Produktequalität zu Gunsten der Konsumenten
- > Einen Milchpreis, welcher die Produktionskosten deckt
- > Die Beibehaltung der Absatzförderungsmassnahmen

Keine weitere Extensivierung der Schweizer Landwirtschaft

Die knappe landwirtschaftliche Produktionsfläche darf nicht der Renaturierung von Fließgewässern und der Ausdehnung der Waldfläche geopfert werden. Die produktive Fläche muss wieder im Vordergrund stehen, dadurch bleibt auch das bestehende Kulturland erhalten. Der Landwirtschaft dürfen deshalb keine weiteren Produktionseinschränkungen und Extensivierungsbestrebungen mehr auferlegt werden.

Wir fordern:

- > Einen sofortigen Stopp beim Ausbau neuer Schutzreservate und Renaturierungen
- > Den Erhalt der Fruchtfolgeflächen und der weiteren landwirtschaftlichen Nutzflächen
- > Den sorgsamen Umgang mit Landwirtschaftsland

2. Sicherung des bäuerlichen Einkommens und der Investitionssicherheit

Bei einer Vollerwerbstätigkeit der Bauernfamilie muss ein angemessener Unternehmenserfolg erzielt werden können. Durch die verfehlte Agrarpolitik 2014 – 2017 wird dies jedoch zunehmend in Frage gestellt. Die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft müssen deshalb wieder so angesetzt werden, dass dieses Ziel auch erreicht werden kann. Sie sind so auszugestalten, dass die Landwirtschaft als Haupterwerb betrieben werden kann.

Wir fordern:

- > Eine bessere Abgeltung der Landwirte über deren Produkte
- > Angemessene Entschädigungen der Bauernfamilien für deren gemeinwirtschaftlichen Leistungen
- > Dass das Unternehmensergebnis den hohen Arbeits- und Kapitaleinsatz decken und eine Weiterentwicklung des Betriebes ermöglichen soll
- > Fachkundige Ausbildung der Landwirte zu Unternehmern

Garantie der Planungs- und Investitionssicherheit

Alle vier Jahre wird eine neue eidgenössische Agrarpolitik beschlossen. Diese Zeitspanne ist zu kurz, um eine mittel- bis langfristige Planungssicherheit für die Betriebe zu gewähren. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass neue Agrarpolitiken künftig nur noch alle 8 – 10 Jahre erlassen werden. Dies gesetzt dem Fall, dass die heutige Agrarpolitik zuerst korrigiert wird. Die SVP bietet keine Hand, die heutige Agrarpolitik unverändert weiterzuführen. Bei bereits bestehenden Bauten in der Landwirtschaftszone verlangt die SVP im Sinne der Rechtssicherheit, dass diese mindestens 30 Jahre lang den Anforderungen zum Zeitpunkt der Erstellung genügen.

Wir fordern:

- > Eine Korrektur der AP14-17, und einen anschliessenden Wechsel auf einen längeren Rhythmus von 8 – 10 Jahren für grundsätzliche Gesetzesrevisionen
- > Dass Bauten und Einrichtungen ab ihrer Erstellung mindestens 30 Jahre keine baulichen Anpassungen in Folge neuer Auflagen und Gesetze benötigen

3. Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Schweizer Landwirtschaft Keinen grenzenlosen Agrarfreihandel und keine Öffnung der weissen Linie

Das vom Bundesrat angestrebte Freihandelsabkommen Landwirtschaft (FHAL) mit der EU, insbesondere aber auch das von der Welthandelsorganisation (WTO) angestrebte Abkommen, welche im Bereich Landwirtschaft eine viel zu weitgehende Grenzöffnung vorsieht, hätte enorme Auswirkungen auf die Bauernfamilien. Die Senkung der Lebensmittelpreise auf EU- oder gar auf Weltmarktpreisniveau - bei gleich bleibenden Produktionskosten - würde die Existenz der Bauernfamilien gefährden und den Strukturwandel überforcieren. Eine uneingeschränkte Öffnung der Agrarmärkte würde das Ende einer eigenständigen, produzierenden schweizerischen Landwirtschaft bedeuten. Dies zeigt die aktuelle Entwicklung auf dem Käse- und Milchmarkt überdeutlich.

Wir fordern:

- > Keinen grenzenlosen Agrarfreihandel mit der EU oder Drittstaaten
- > Keine Öffnung der weissen Linie (Milch- und Milchprodukte ohne Käse)
- > Einen angemessenen Grenzschutz für die inländische Nahrungsmittelproduktion gegen Importe aus dem Ausland
- > Berücksichtigung der inländischen landwirtschaftlichen Anliegen bezüglich sensibler Produkte in bilateralen Freihandelsabkommen

Verbesserung des Raumplanungsgesetzes erwirken

Das Raumplanungsgesetz und die Umsetzung des bäuerlichen Bodenrechts müssen darauf ausgerichtet werden, dass unternehmerische selbstbewirtschaftende Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können. Beispiele: Bewilligungen in Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Bauten und Anlagen, Treibhäusern, Biogasanlagen, Sonnenkollektoren, Windturbinen, Direktvermarktung, Agrotourismus, Ferienwohnungen usw.

Wir fordern:

- > Dass bereits erschlossene und vorhandene Bausubstanz ausserhalb der Bauzone abgerissen/wiederaufgebaut/weiterverwendet/umgebaut etc. werden kann
- > Dass frei gewordene erhaltene Bausubstanz in der Landwirtschaftszone von den Bauernfamilien für nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten umgenutzt werden darf (Paralandwirtschaft, Wohn-, Gewerbe- und Lagerraum etc.)
- > Einen Verzicht der Rückbaupflicht bei Gebäuden

4. Weniger Agrarbürokratie

Die SVP wehrt sich gegen den steten Ausbau der Vorschriften und Auflagen im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die immer höhere Kosten und einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand verursachen.

Wir fordern:

- > Dass Landwirtschafts-Kontrollen unbürokratisch, effizient, fachkundig und fair durchgeführt werden
- > Dass die Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben zu reduzieren sind
- > Dass Betriebliche Kontrollen nur noch bei Veränderung in der Betriebsstruktur (BTS/RAUS) oder bei Missbrauch durchgeführt werden
- > Dass die Direktzahlungen auch wirklich bei den Bewirtschaftern ankommen und nicht für die Administration (bspw. Planungsbüros) zweckentfremdet werden
- > Dass die landwirtschaftlichen Verordnungen mit dem zyklischen Wechsel der Agrarpolitik automatisch hinfällig werden und um eine allfällige längere Gültigkeitsdauer ersucht werden muss. Auf diese Weise kann der Weiterbestand von unwirksamen oder unnötigen Verordnungen wirksam verhindert werden